

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 im Kirchplatz 3.  
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
 Halle a. S. Jul. Bock & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A.  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### E. L. Berlin, 7. März. Deutscher Reichstag. 54. Plenar-Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Militäretat,  
 und zwar zunächst die vorgeschlagene an die Budget-  
 kommission zurückverwiesene Position Komman-  
 dantur in Altona.

Minister v. Bismarck verweist sich gegen  
 die Auslegung seiner vorerwähnten Worte — „für  
 eine so geringe Summe von 7000 Mark denke er  
 nicht daran, das Budgetrecht des Hauses zu ver-  
 legen“ —, als habe er überhaupt die Absicht, das  
 Budgetrecht des Reichstages anzutasten. Man  
 überschätze das seine Unternehmungslust und unter-  
 schätze seine Achtung vor dem Gesetz.

Abg. Schaeffer (Ztr.) empfiehlt als  
 Referent die Bewilligung der Position, deren  
 Notwendigkeit jetzt mehr als anfanglich nachge-  
 wiesen erscheint. In der Kommission habe im  
 Uebrigen der Minister bereits eine ähnliche Er-  
 klärung abgegeben, wie die eben gehörte.

Abg. v. Massow erklärt, seine Freunde  
 hätten die neuliche Versicherung des Ministers von  
 vornherein nur als scherzhaft gemeint aufgefaßt,  
 und empfiehlt ebenfalls Bewilligung der Position.  
 Abg. Pacht: Auch wir haben nicht an  
 eine Verletzung des Budgetrechts gedacht, unser  
 Budgetrecht anzutasten. Im Uebrigen halten wir  
 es aber doch für eine milde Ausdrucksweise, wenn  
 man die Wiederbezeugung der Altonaer Komman-  
 dantur als außerordentlich bezeichnet; sie  
 war thatsächlich etatswidrig. Es ist schon  
 kein Grund anerkennen, die Position jetzt  
 zu genehmigen, wir bitten daher um deren  
 Streichung.

Abg. v. Kardorff weist demgegenüber  
 darauf hin, daß die Kommission ihren jetzigen  
 Beschluß mit sehr großer Mehrheit gefaßt habe.  
 Abg. Richter: Neue Gründe, welche für  
 die Position sprechen, sind nicht beigebracht wor-  
 den, sondern nur dieselben, die man uns schon  
 früher mitgeteilt hat. Zweifelslos handelt es sich  
 bei der Wiederbezeugung der Altonaer Komman-  
 dantur um eine Etatswidrigkeit. Au mala fides  
 glauben wir ja nicht, aber es liegt doch etwas  
 leichtes Auffassung unserer Etatsrechts vor. Was  
 will beispielsweise die Verwaltung thun, wenn  
 der Reichstag hinterher diese Etatswidrigkeit nicht  
 gutheißt? Die Gründe für die Position sind jeden-  
 falls die alten geblieben. Wenn die Kommission  
 jetzt dennoch zu einem anderen Beschluß gekommen  
 ist, so muß sie wohl den alten Gründen ein  
 anderes Gewicht beigemessen haben, als früher.  
 Deshalb: Was weiß ich nicht, und das wissen die  
 Herren vielleicht selber nicht.

Abg. v. Kiepert: Herr Richter irrt doch wohl,  
 wenn er meint, es seien uns gar keine neuen  
 Gründe angegeben worden. Aber für mich und  
 auch wohl für alle meine politischen Freunde ist  
 Folgendes das allein oder doch im Wesentlichen  
 Ausschlag gebende: Bei unserem ersten Beschluß  
 in der Kommission traten fast ausschließlich die  
 etatsrechtlichen Bedenken in den Vordergrund und  
 deshalb traten die sachlichen Gründe für die Posi-  
 tion ganz zurück. Jetzt aber, nach den Erklärungen  
 des Ministers und des Schatzsekräters sind  
 unsere etatsrechtlichen Bedenken ganz geschwunden  
 und deshalb legen wir den sachlichen Gründen das  
 ihnen gebührende Gewicht bei. Deshalb glauben  
 wir, die Position bewilligen zu sollen.

Abg. v. Kiepert legt dar, auch dem ersten Be-  
 schluß der Kommission hätten sachliche Bedenken zu  
 Grunde gelegen. Wenn Sie jetzt ihrem ersten  
 Beschluß entgegen die Position gutheißt, so werden  
 Sie ja wissen, warum; aus sachlichen Grün-  
 den aber jedenfalls nicht!  
 Referent Schaeffer: Die Kommission hat  
 durchaus aus sachlichen Gründen ihren Beschluß  
 durchgesetzt. Wenn Sie andere Gründe wissen, —  
 wir wissen keine.

Die Position „Kommandantur Altona“ wird  
 jetzt gegen beide freisinnige Parteien und Sozial-  
 demokraten genehmigt.

Bei Kapitel „Verpflegung der Truppen“

Abg. v. Bismarck, es seien durch Ab-  
 kommandierung von Mannschaften aus Arbeiter  
 im Interesse von Gutsbesitzern einzelne Truppen-  
 teile geradezu desmilitarisiert und dann der Ersatz  
 durch Einberufung von Reservisten beschafft wor-  
 den. Den Zivilarbeitern erwachse dadurch eine  
 unheimliche Konkurrenz. In Bayern fänden ja  
 auch Beurlaubungen von Soldaten statt zur  
 Erntezeit, aber nur in der Heimat, nicht dagegen  
 um gegen Vorn fremden Weibern zu helfen.

Minister v. Bismarck: Diese Beurlaubun-  
 gen sind ja wohl ein alter Brauch. In  
 Preußen finden sie nur statt, soweit das dien-  
 stliche Interesse es erlaubt. Am Vorjahre sind in  
 Preußen 12 054 Mann zur Erntezeit beurlaubt  
 worden, und zwar an 3333 Landwirthe. Bei  
 den meisten derselben handelt es sich um nur  
 kleine bäuerliche Besitztümer. Was den Lohn an-  
 langt, so mag dieser für die beurlaubten Sol-  
 daten etwas niedriger sein, als bei den Zivil-  
 arbeitern, aber Sie dürfen doch auch nicht ver-  
 gessen, daß die Landwirthe dafür die Reservisten  
 zu tragen haben. Und wenn es in der Ernte  
 regnet, dann haben die Landwirthe von den Sol-  
 daten gar keinen Nutzen. Von Vordrillerei ist  
 also keine Rede; wir sind eben nur bereit, da,  
 wo es noth thut, den Landwirthen zu helfen.  
 Wenn ein Junge einschneidet, in dem Sie sitzen,  
 so sollte ich mal sehen, was Sie sagen würden,  
 wenn ich Ihre Wunde um Soldaten zum Aus-  
 schäufeln abnehmen wollte. (Zeit rief.)

Abg. v. v. Martensfeld hält die Abkom-  
 mandierung von Soldaten zu vorerwähnten Zwecken  
 ebenfalls für durchaus richtig. Der Herr Kriegs-  
 minister hat schon richtig vorgelegt, daß die  
 Soldaten bei der Ernte gar nicht billiger zu haben  
 kommen. Und was die Vorne anlangt, helfen Sie  
 uns doch höhere Getreidepreise erlangen, so wer-  
 den wir auch höhere Löhne zahlen können.

Abg. v. v. Bismarck: Ich bemängelt nochmals  
 die niedrigen Löhne, welche den Soldaten von den  
 Gutsbesitzern gezahlt würden.

Minister v. Bismarck: Ich erwirkt, er-  
 stens Reife, Unterarm und Geschicklichkeit stelle  
 sich der tägliche Durchschnittslohn auf 2 Mark  
 29 Pf. Das sei doch gewiß keine zu geringe  
 Summe.

daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars  
 die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-  
 Freiwilliger in sich schließt.

Ein Antrag Weiß will diese Resolution noch  
 dahin ergänzen: daß 2. durch die in Aussicht  
 stehende Einführung des Einjährigendienstes der  
 Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschul-  
 amtes denselben die Berechtigung zur Ableistung  
 des Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger nicht  
 entzogen wird.

Abg. Weiß (fr. Bp.): Schon im Vorjahre  
 war man allgemein der Ansicht, daß die Bildung  
 der Volksschullehrer die Einräumung des Rechtes  
 zum einjährig-freiwilligen Dienst an sie gerecht-  
 fertigt erscheinen läßt. Der Herr Kriegsminister  
 hat freilich in der Kommission eingewendet, daß  
 bei den Einjährig-Freiwilligen eine gewisse Sprach-  
 kenntnis erforderlich sei, welche diese Lehrer nicht  
 besäßen. In dem Vorplan der meisten Seminare  
 ist aber doch die Erlernung fremder Sprachen  
 vorgesehen. Auch sonst entsprechen die Kenntnisse  
 der Lehrer zweifellos denen der Gymnasial-Ein-  
 jährigen. Bis 1858 hat es ja auch den Volks-  
 schullehrern freigestanden, die einjährig-freiwillige  
 Dienstzeit zu wählen. Jetzt handelt es sich haupt-  
 sächlich darum, ob die Lehrer alle Rechte der  
 Einjährig-Freiwilligen haben sollen oder ob sie in  
 den Kasernen wohnen müssen und grundsätzlich  
 von der Erlangung des Referendariats ausgeschlossen  
 sein sollen. Die Lehrer sind ganz bereit,  
 höhere Pflichten an sich zu nehmen, sie wollen  
 dann aber auch dieselben Rechte haben wie die  
 Einjährig-Freiwilligen. Ich bitte Sie, meinen  
 Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Staatssekretär v. Bötticher: Gerade das  
 Wohlwollen, mit dem der Herr Kriegsminister die  
 vorerwähnten Wünsche bezüglich der Volksschullehrer  
 entgegengenommen hat, hatte ihn veranlaßt, im  
 Staatsministerium auf Erwägungen über diese Frage  
 hinzuwirken. Und das Gewicht der Stimmen, welche  
 sich im Staatsministerium bereits positiv dafür  
 ausgesprochen haben, läßt hoffen, daß die Ent-  
 scheidung im Sinne der Wünsche des Vorredners  
 fallen könnte. Die Resolution der Kommission ist  
 allerdings nicht ganz ohne formale Bedenken,  
 denn danach soll gewissermaßen der Reichstag ent-  
 scheiden, ob die Vorbildung der Volksschullehrer  
 gleichwohl mit der Gymnasialvorbildung der  
 Einjährig-Freiwilligen. Der Reichskanzler, der  
 festzuweisen hat, welche Schulen als hierfür quali-  
 fiziert anzusehen seien, hat bisher hierüber stets die  
 Reichsschulkommission befragt. Und es ist doch  
 bedenklich, wenn darüber jetzt der Reichstag ent-  
 scheiden sollte, ohne daß vorher jene wissenschaft-  
 liche Behörde auf Grund vorausgegangener Prü-  
 fung ihr Urtheil abgegeben hat. Was den Zusatz  
 der Resolution Weiß anlangt, so halte ich diesen  
 für unbedenklich.

Abg. v. Bismarck schließt sich vollständig den  
 Ausführungen des Abg. Weiß an.

Abg. v. Kiepert: Wenn wir uns heute durch  
 die von dem Herrn Staatssekretär geltend ge-  
 machten formalen Bedenken abhalten ließen, die  
 Resolution der Kommission anzunehmen, so würde  
 das nicht nur bei den beteiligten Vereinen, son-  
 dern auch bei den verbündeten Regierungen den  
 Eindruck machen, als lägen wir die Sache für  
 die wir schon im Vorjahre eintreten, im Stich.  
 Der Reichskanzler ist ja auch durch unsere  
 Resolution nicht gebunden. Aber wir können  
 nur wünschen und hoffen, daß der Herr Reichs-  
 kanzler auf Grund der Prüfung der wissenschaft-  
 lichen Kommission zu dem Beschlusse kommen,  
 unseren Wünschen zu entsprechen. Ich halte es  
 daher für richtig, daß wir den Antrag unser r  
 Kommission annehmen. In Bezug auf den  
 zweiten Theil der Resolution Weiß — der erste  
 bezieht sich mit dem Antrag der Kommission — ge-  
 he ich dem Herrn Staatssekretär Recht.

Abg. v. Bismarck: Ich spreche sich  
 ebenfalls für den Antrag der Kommission aus,  
 der geteilt sei, die soziale Stellung der Lehrer  
 zu heben. In der Qualifikation der Volksschul-  
 lehrer für den einjährig-freiwilligen Dienst ist  
 nicht zu zweifeln. Ebenso äußert sich Abg. von  
 Kardorff.

Abg. Pacht tritt mit dem Bemerkten,  
 daß der Antrag Weiß inzwischen zurückgezogen  
 sei, für die Resolution der Kommission ein.  
 Staatssekretär v. Bötticher macht noch-  
 mals seine formalen Bedenken gegen die Resolution  
 geltend, meint aber, wenn der Reichstag abge-  
 in der Resolution nichts weiter als einen „Wunsch“  
 auszusprechen, so sei ihm das natürlich unbe-  
 kommen.

Abg. v. Kiepert bittet abermals um An-  
 nahme der Resolution. Es handle sich hier um  
 einen längst geäußerten dringenden Wunsch des  
 Reichstages, und gerade die Resolution ist ja die  
 dringende Form, in welcher der Reichstag seine  
 Wünsche zum Ausdruck zu bringen vermöge.

Abg. v. Kiepert (Mittelm.) äußert sich für  
 die Resolution der Kommission.  
 Abg. v. Kiepert: Ich beklage mich, daß  
 es sich hier um ein Privileg handle. Er und  
 seine Freunde hätten nicht Lust, die Zahl der  
 Privilegierten zu vermehren, sie wollten vielmehr  
 gleiches Recht für Alle.

Abg. v. Kiepert tritt namens der Kon-  
 servativen für die Resolution ein und unterstützt  
 gleichzeitig den von v. Kardorff gemachten Vor-  
 schlag, wonach zur Deckung der Kosten für den  
 einjährig-freiwilligen Dienst der Lehrer die Unter-  
 richtsverwaltung beitragen solle.  
 Nach einigen empfehlenden Worten des Abg.  
 v. Kiepert: Sogar wird die Resolution ange-  
 nommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.  
 Bei dem Kapitel Naturalverpflegung spricht  
 Abg. v. Bismarck (Zentrum) den Wunsch aus,  
 daß die Militärverwaltung beziehentlich die Pro-  
 vinzialverwaltung ihren Bedarf möglichst direkt bei den  
 Produzenten, den Landwirthen, decken möchten,  
 um dem Einwand zu begegnen, daß dabei doch  
 nur Großgrundbesitzer berücksichtigt werden wür-  
 den, sollten die Landwirthe, die kleineren, sich zu  
 Genossenschaften zusammenfassen. Er würde sich  
 überaus freuen, daß seitens der Landwirtschaft so we-  
 nig, von dem Genossenschaftsgebot Gebrauch gemacht  
 werde.

Generalmajor v. Gemmingen entgegnet,  
 Vorredner habe mit Recht den Getreideeinkauf von  
 Genossenschaften als den zweckmäßigsten empfohlen.  
 Die Militärverwaltung habe auch schon viel-  
 fach diesen Einkaufsweg durch Vermittelung  
 von Vertrauensmännern beschritten. Für den  
 Beamten sei es freilich nicht immer leicht zu  
 unterscheiden, ob er einen Vertrauensmann oder  
 einen Händler vor sich habe. Das freihändige  
 Einkufen von Produzenten sei auch zuweilen er-  
 schwert, das Getreide werde nicht immer rein  
 genug geliefert. So der Kaiser. Und auf eine  
 richtige mittlere, reine Qualität müßte die

Militärverwaltung sehen, dann nach der Qualität  
 richte sich auch die Nation. Uebrigens habe die  
 Verwaltung schon in der Kommission darauf  
 aufmerksam gemacht, daß sie selbst doch nur ein  
 verhältnismäßig bescheidenes Konsument sei. Nach  
 Möglichkeit werde die Regierung jedenfalls den  
 laut gewordenen Wünschen Berücksichtigung zu  
 Theil werden lassen. Auf Befragen des Abg.  
 v. Kiepert erklärte Redner noch, die Absicht, noch  
 eine dritte Konferenzabstimmung zu errichten, bestiehe  
 nicht mehr. Schon die bestehenden zwei Konferenzen  
 könnten nicht das ganze Jahr hindurch im Be-  
 triebe sein, weshalb periodische Arbeiterentlassungen  
 nicht zu vermeiden seien.

Abg. v. Kiepert: Ich bemerke noch dem Abge-  
 ordneten Schall, die Arbeiterinteressen wären  
 bei demselben doch in weniger guten Händen,  
 als bei der Sozialdemokratie. Das gelte  
 sich wieder an dem von v. Kiepert von Schall ge-  
 machten Vorschlag, den Arbeiterinnen der Kon-  
 ferenzen nicht in Sparbau etwas von ihrem Lohne  
 einzubehalten, sondern auf eine Zwangs-  
 sparweise, um den Arbeiterinnen bei der Entlassung  
 etwas Geld in die Hände zu geben.

Nach kurzer Entgegnung des Abg. Schall

Präsident v. Lepow bemerkt münchener:  
 Ich halte es für angebracht, auf einen Vorgang  
 in der gestrigen Sitzung zurückzukommen. Es  
 sind ja schon häufig in diesem Hause belästigende  
 Äußerungen gefallen gegen Personen-Gemeinschaf-  
 ten, gegen politische Parteien, gegen Sozialdemo-  
 kraten, gegen Antisemiten, Berufssoldaten, Unter-  
 und Pfaffen, Arbeiter. Es war dabei immer  
 Voraussetzung, daß eine Unannehmlichkeit nicht sollte  
 beleidigt werden, im Gegensatz zu einzelnen Per-  
 sonen immer aber auf der ganzen Linie. Ich  
 habe stets bedauert, daß die Gewohnheit derartiger  
 beleidigender Äußerungen so um sich gegriffen hat,  
 und möchte nicht, daß dies noch weiter gehe.  
 Nun hat aber Herr v. Kiepert gestern nicht nur über-  
 mäßigen Gebrauch davon gemacht, sondern auch  
 einen Gebrauch, der mit der Würde dieses Hauses  
 nicht mehr vereinbar erscheint. (Laut: Sehr  
 richtig!) Ich erinnere mich an den Ausdruck  
 „Kassabiere“, angewendet auf Personen, welche das  
 geistliche Bürgerrecht genießen. Um Wiederholungen  
 derartiger Vorgänge vorzubeugen, rufe ich Herrn  
 v. Kiepert nachträglich zur Ordnung. Ich halte  
 dies, veranlaßt aus eigener Erwägung, und keines-  
 wegs auf Grund einer geschäftswidrigen  
 Bemerkung, welche gestern von einer Seite ge-  
 macht wurde und welche von mir entsprechend  
 zurückgewiesen worden ist. (Beifall rechts.)

Der Präsident beraumt sodann die nächste  
 Sitzung an auf morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

### E. L. Berlin, 7. März. Preussischer Landtag. Abgeordnetenshaus.

37. Plenar-Sitzung vom 7. März,  
 11 Uhr.

Die Beratung des Etats der Handels-  
 und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.  
 Bei dem Kapitel „gewerbliche Unterrichts-  
 wefen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke“  
 wünscht

Abg. v. Schenckendorff (nl.) eine ern-  
 stliche Forderung für die Lehrer an den gewerblichen  
 Fachschulen; ein Vergleich mit den Verhältnissen  
 in anderen Staaten, so z. B. mit Baden, zeigt  
 uns die großen Lücken, die bei uns noch beste-  
 en. Auch für eine bessere Sachansicht bei diesen  
 Schulen muß gefordert werden. Ein Theil der  
 Freunde des Redners vereinigt sich mit ihm in  
 dem Wunsch, die Regierung möge einen Plan  
 über die Ausgestaltung des Fachschulwesens dem  
 Hause vorlegen.

Die Komm. Geh. Rath v. Kiepert: Es wird  
 an der Aussicht und an der Fortentwicklung der  
 Fachschulen nichts veräußert. Im Auftrage der  
 Regierung haben Beamte des Ministeriums  
 Osterreich und die süddeutschen Staaten bereist,  
 um dort Erfahrungen über das Fachschulwesen  
 zu sammeln. Im nächsten Jahre soll dann dem  
 Hause eine Denkschrift über die Entwicklung  
 unseres gewerblichen Fachschulwesens dem Hause  
 zugehen.

Abg. v. Bismarck (nl.) tritt für eine  
 bessere Befolgung der Lehrer an den Fachschulen  
 und für eine weitere Ausgestaltung der Navi-  
 gationsschulen ein.

Abg. v. Kiepert (nl.) schließt sich den  
 Wünschen des Vorredners an.

Minister v. Kiepert bemerkt bezüglich  
 der Gehaltsaufbesserung, daß der Finanzminister  
 der Heraushebung einer einzelnen Beamtenklasse  
 widerstrebe.

Abg. v. Kiepert (fr. Bp.) tritt den gestrigen  
 Ausführungen des Abg. v. Kiepert entgegen; wir ge-  
 wöhnen uns bedauerlicher Weise daran, daß der  
 Staat helfen soll, während gerade in der Hand-  
 werkerfrage Selbsthilfe am Platze ist. Man  
 rühmt die Zunahmen, aber es ist ziffernmäßig  
 festgestellt, daß die Zunahmemeister ihre Verdienste  
 nicht so zum Belaste der Fachschul n anbieten,  
 wie die Lehrlingsmeister. Der geistliche Hand-  
 werker findet noch heute auch in kleinen Städten  
 Lohn- und Gehalt. Mit dem Wunde der Handwerker  
 dürfte es ganz ähnlich gehen, wie mit dem Wunde  
 der Landwirthe. Für die Navigationsschulen kommt  
 die Frage der augenblicklichen Gehaltsverhöhung  
 in niger in Betracht, als die Frage der Ausbil-  
 dung unserer jungen Leute für den Seeverkehr und  
 da sollten wir die Entscheidung nicht allein von  
 dem Finanzminister abhängig machen, der übrigens  
 aus der Stempelsteuer viel mehr Ueberschuß her-  
 aus schlägt, als die ganzen Navigationsschulenkosten.  
 Wollen wir die Kosten nicht aufbringen, so wäre  
 es besser, die Navigationsschulen dem Reiche zu  
 übertragen.

Abg. Dr. v. Kiepert (nl.): Bei den Bau-  
 schulen wäre eine Trennung für untere und  
 mittlere Fachschulen erwünscht. Auch für die  
 Erwerbsfähigkeit der weiblichen Jugend könnte  
 mehr als bisher gethan werden.

Minister v. Kiepert: Der erste Gedanke  
 des Vorredners ist ganz neu und an mich bisher  
 noch von keiner Seite herangeraten. Fachschulen  
 für Frauen und Mädchen sind stets  
 von uns unterstützt worden.

Abg. v. Kiepert (nl.) bittet den  
 Minister, der Stadt Deutsch-Krone den Kom-  
 munalzuschuß zu erlassen, den diese für die dortige  
 Baugewerkschule zu leisten hat.

Abg. v. Kiepert (nl.): Warburg (Ztr.) hat die  
 gleiche Bitte bezüglich Hütters.  
 Reg.-Kommission Geh. Rath v. Kiepert: Es

haben sämtliche Städte, die Baugewerkschulen be-  
 sitzen, auch Zuschüsse für dieselben zu leisten.

Abg. v. Kiepert (nl.) wünscht Staats-  
 unterstützung für Fortbildungsschulen in Nassau.  
 Regierungskommission v. Kiepert verweist auf  
 die ungünstige Finanzlage.

Abg. v. Kiepert (fr. Bp.) lenkt die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die Errichtung gewerb-  
 licher Fortbildungsschulen für Kasseler; die  
 Klagen derselben, daß sie nicht vorfinden wegen  
 schlechter Zeiten u. s. w., haben hauptsächlich  
 ihren Grund in der unzureichenden Bildung dieser  
 Leute.

Minister v. Kiepert: Prinzipiell steht  
 nichts entgegen, daß derartige Schulen unterstützt  
 werden, doch steht es eben an Mitteln. Die Re-  
 gierung wird die Anregung im Auge behalten.

Abg. v. Kiepert (nl.): Jederzeit heißt  
 es bei unseren Wünschen, es fehle an Mitteln.  
 In der Thronrede aber war ja gerade auf die  
 höheren Mittel hingewiesen, die für die Fach-  
 schulen angewendet werden sollen.

Minister v. Kiepert: Im Ganzen sind  
 diese Mittel auch erhöht. Aber für spezielle Arten  
 von Schulen reichen sie noch nicht aus.

Abg. v. Kiepert (nl.) hält unter den  
 obwaltenden Umständen den erwünschten Passus der  
 Thronrede für überflüssig.

Minister v. Kiepert protestirt gegen  
 eine solche Bezeichnung des Inhalts der  
 Thronrede.

Abg. v. Kiepert (Ztr.) wünscht Förderung der  
 Weichschulen, namentlich in Krefeld und Mül-  
 heim; die geringe Vergütung des Ministers vom  
 „involenten Handwerker“ wird im deutschen  
 Handwerk ein Echo finden, aber kein freundliches.  
 (Sehr richtig!)

Minister v. Kiepert: Ich habe gestern  
 diejenige Handwerker als insolvent bezeichnet, die  
 in dem Bestreben nach Erreichung besserer Kredit-  
 verhältnisse sich nicht organisiren, denn das Gesetz  
 giebt genügende Formen für eine solche Organisa-  
 tion. Wenn freilich das Handwerk in dem Maße  
 zur Regierung spricht, wie gestern der Abg. v. Kiepert,  
 dann ist das ein gefährlicher Fehler in einem  
 Vornamen, wo die Regierung dem Handwerk weit  
 entgegenkommt. (Sehr richtig!)

Der Rest des ordentlichen Etats und des  
 Extra-Ordinariums werden ohne weitere Debatte  
 bewilligt.

Es folgt der Etat der Bau-Verwaltung.

Bei dem Einnahme-Kapitel „Brücken, Fähr-  
 und Hafen-Gelder“ wünscht

Abg. v. Kiepert (fr. Bp.) die vom Finanz-  
 minister in Aussicht gestellte Neuorganisation der  
 Kanal- und Schiffahrtsgelder zu beschleunigen.  
 Es würde aber ein Schritt in das Reich der  
 Landwirthschaft sein, wenn man etwa auch an  
 den Hauptströmen Zölle oder Abgaben von dem  
 Schiffverkehr erheben wollte. Gamp's Aus-  
 führungen zu Gunsten solcher Abgaben darf man  
 nicht zu tragisch nehmen, denn er versteht von  
 den Dingen nichts und wir wissen auch, daß er  
 nicht immer die Meinungen des Ministeriums  
 vertritt.

Abg. v. Kiepert (nl.): Kanäle sind  
 kostspielige Unternehmen; viele verfallen an  
 Unterhaltungskosten das Dreifache von dem, was  
 sie einbringen. Auf den Strömen Abgaben zu er-  
 heben, geht augenblicklich nicht an, doch muß  
 darauf Bedacht genommen werden, daß dies in  
 Zukunft bei Anlage neuer Wasserstraßen sehr  
 kritisch zu Werke gehen müssen, die bisher fast  
 nur der Subsidie zu Gute kamen. (Sehr  
 richtig!) Gamp's Angriff gegen den abwesen-  
 den Abg. Gamp beweisen nur, daß er von Gamp's  
 Rede nichts verstanden hat.

Abg. v. Kiepert (Ztr.) befürwortet seinen  
 Antrag, wonach eine Petition von Fahrwerks-  
 besitzern aus Koblenz und Ehrenbreitstein, welche  
 eine Ermäßigung des Koblenzer Brückenzolles für  
 Fahrwerke wünschen, der Regierung zur Berück-  
 sichtigung überwiegen werden soll.

Die Budgetkommission beantragt, die Petition  
 durch Tagesordnung zu erledigen.

Vom Regierungsrath wird der Kommissions-  
 antrag, von dem Abg. v. Kiepert (Ztr.) der Antrag  
 auf Berücksichtigung befürwortet.

Der Antrag der Budgetkommission wird an-  
 genommen.

Abg. v. Kiepert (fr. Bp.) lenkt die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberfluthungsgefahr.  
 Minister v. Kiepert: Bei Befestigung dieser  
 Gefahr sind verschiedene Projekte aufgebracht, die  
 jedoch sämtlich als bedenklich erschienen. Die An-  
 gelegenheit wird von der Regierung aufmerksam  
 verfolgt.

Abg. v. Kiepert (nl.) legt die Noth-  
 wendigkeit einer Kanalisierung der oberen We-  
 der, namentlich zwischen Krefeld und Mülheim,  
 Regierungskommission Geh. Rath v. Kiepert: Diese  
 Kanalisierung würde so kostspielig werden, daß  
 der Nutzen mit den Kosten nicht im Einklang  
 stünde.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-  
 ratung. Außerdem 2. Lesung des Gesetzesentwurfs  
 über die einheitlich zu bestimmenden Steuerbeamten  
 und der Etat der direkten Steuern.

Schluß 4 1/2 Uhr.

### Deutschland.

Δ Berlin, 7. März. Troßdem das „Voll-  
 die Bildung des „Vorwärts“ von dem Rücktritt  
 des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts,  
 Peritus, bestätigt wurde, wird die Witzzeitung  
 heute von der „Nat.-Ztg.“ für erfunden erklärt.  
 Präsident Peritus hat kein Entlassungsgesuch ein-  
 gereicht und es ist auch nicht seine Absicht,  
 solches zu thun.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des  
 Reichstages beschäftigt sich mit der Konvertirungs-  
 sache und vertritt die Ansicht, daß die Berath-  
 fung des Zinsfußes aller Staats- und Reichs-  
 anleihen auf 3 Prozent im allgemeinen wirth-  
 schaftlichen Interesse notwendig und wünschens-  
 werth sei. Bis zur nächsten Sitzung soll eine  
 bezügliche Resolution an den Reichsrath vor-  
 bereitet und demnächst eine Interpellation im  
 Reichstage eingebracht werden.

Die Justizkommission des Reichstages nahm  
 heute die §§ 26, 27, 28 und 29 der Novelle zur  
 Strafprozeßordnung, die von der Ablehnung eines  
 Richters handeln, nach den Regierungsvorschlägen  
 an. Der § 26a erhielt folgende Fassung: „Ist  
 das Ablehnungsgesuch verspätet oder nicht unter

Angabe des Grundes eingebracht worden, so ist  
 dasselbe als unzulässig zu verwerfen. Ebenso kann  
 das Gericht durch einstimmigen Beschluß das  
 Gesuch abweisen, wenn die offenbare Absicht vor-  
 liegt, das Verfahren zu verzögern.“

Die Budgetkommission des Reichstages be-  
 gann heute nach Erledigung des Etats des Aus-  
 wärtigen Amtes die Beratung des Kolonialstats.  
 Referent Prinz v. Arnheim spricht seine Befriedigung  
 darüber aus, daß das Auswärtige Amt im Falle  
 der höheren Einfluss angreifen habe. Im  
 Weiteren bemängelt er, daß die Regierung für  
 die Kolonialtruppe regelmäßig den Offiziersvereinen  
 übertragen werde. Vom Regierungssitz wurde  
 erwidert, daß dieser Verein niemals und in  
 keiner Weise bevorzugt werde. Die Debatte wird  
 auf morgen vertagt.

\*\* Die Reichstagskommission zur Vor-  
 berathung des Gesetzesentwurfs über die Vornahme  
 einer Berufs- und Gewerbeprüfung im Jahre  
 1895 hat sich veranlaßt gesehen, verschiedene Be-  
 rathungen an dem über ihre Verathungen  
 bereits erschienenen Bericht vorzunehmen. Von  
 Wichtigkeit ist, daß in dem neuen Bericht die  
 in dem alten zuerst aufgeführte Resolution, wonach  
 die verbündeten Regierungen ersucht werden  
 sollten, bei der Berufsprüfung wo möglich auch  
 den Geburtsort und die Adresse des Arbeitsgebers  
 zu erfragen, fortgefallen ist. Die Kommission  
 schloß also dem Plenum nicht sechs, sondern fünf  
 Resolutionen vor.

Der Landeshauptmann des Neu-Guinea-  
 Schutzgebietes, Georg Schmiele, ist auf der Reise  
 nach Batavia an Bord des Postdampfers  
 „Lübeck“, der die regelmäßigen Fahrten von  
 Singapur nach Neu-Guinea und dem Bismarck-  
 Archipel macht, gestorben.

Landeshauptmann Schmiele ist, wie die  
 „Kreuzzeitung“ hervorhebt, mit einer einzigen Unter-  
 brechung fast neun Jahre im Neu-Guinea-Schutz-  
 gebiet gewesen. Im Sommer 1886 wurde der  
 Gerichts-Ärzt Dr. Schmiele vom Reichskanzler  
 mit den richterlichen Funktionen erster Instanz auf  
 Neu-Guinea betraut. Er trat im vorigen Schutz-  
 gebiete am 20. September 1886 ein und wurde  
 zunächst in Finschhafen, dann auf Matupi in der  
 Bucht von Kaiser-Wilhelm betheiliget. Als im Jahre  
 1889 ein kaiserlicher Kommissar mit der Landes-  
 verwaltung betraut wurde, erfolgte die Ernennung  
 Schmiele zum Kanzler, daneben behielt er seine  
 richterlichen Funktionen. Im Jahre 1892 über-  
 nahm die Neu-Guinea-Kompagnie wieder die  
 Ausübung der Landeshoheit, und bei der Ernennung  
 eines Landeshauptmanns kam Richter  
 Schmiele, der sich mit Urlaub gerade in Berlin  
 aufhielt, zuerst in Frage. Er hatte sich während  
 seines fast sechsjährigen Aufenthalts in der Silbsee  
 fast immer gegen das Tropenfeber geeizt. Am  
 Juni 1892 erfolgte seine Ernennung zum Landes-  
 hauptmann und unmittelbar danach seine Rück-  
 reise nach Neu-Guinea. Schon im nächsten Jahre  
 hatte ihn Herr Schmiele vielfach unter Ma-  
 laria-Anfällen zu leiden; auch kam er in unan-  
 genehme persönliche Gegenstände zu weichen An-  
 sichten. Die Grundlage seiner Stellung als erster  
 Verwaltungsbeamter dort war erschüttert. So  
 entschloß sich die Neu-Guinea-Kompagnie, ihn ab-  
 zuheben; auf der Heim



0,75 bis —,—. Fest. Nothander L. Produkte  
transito f. a. B. Hamburg per März 9,20 G.,  
30 B., per April 9,25 bz. u. B., per Mai  
9,32½ G., 9,35 B., per Juli 9,52½ G., 9,55  
B. — Ruhig.

reide markt. Weizen alter hiesiger loco 12,00, do. neuer hiesiger loco 12,00, fremder loco 4,00. Roggen hiesiger loco 11,00, do. fremder loco 3,00. Hafer neuer hiesiger loco 11,50, do. fremder loco 13,50. Rüböl loco 48,00, per Mai 46,30, per Oktober 46,10.

Hamburg, 7. März, Vorm. 11 Uhr.  
Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average  
Santos per März 77,25, per Mai 76,25, per  
September 75,75, per Dezember 73,25. —  
Behauptet.

Hamburg, 7. März, Vorm. 11 Uhr.  
 Zu a e r m a r k t. (Vormittagsbericht.) Rüben-  
 zucker 1. Produkt Basis 88 pCt. Rendement  
 neue Wafce frei an Bord Hamburg per  
 März 9,2 1/2, per Mai 9,32 1/2, per August 9,62 1/2  
 per Oktober 9,72 1/2. Stetig.

Wien, 1. März. Getreidemarkt.  
 Weizen per Frühjahr 6,90 G., 6,92 B.,  
 per Mai-Juni 7,00 G., 7,03 B. Roggen per  
 Frühjahr 5,83 G., 5,90 B., per Mai-Juni 6,01  
 G., 6,03 B. Weizen per Mai-Juni 6,48  
 G., 6,50 B. Hafer per Frühjahr 6,40 G.,  
 6,42 B., per Mai-Juni 6,39 G., 6,41 B.  
 Pest, 7. März. Korn. 11 Ubr. Fr.

Kistenmarkt. Weizen sehr fest, per  
 Frühjahr 6,76 G., 6,77 B., per Herbst 7,13 G., 7,14  
 B. Roggen per Frühjahr 5,52 G., 5,54 B.  
 Hafer per Frühjahr 6,23 G., 6,25 B. Malz  
 per Mai-Juni 6,26 G., 6,28 B. Rohtrape  
 per August-September 10,80 G., 10,00 B. —  
 Bettow: Misch

Gladgow, 7. März, Vorm. 11 Uhr  
5 Minuten. Rheifen. Mixed numbers  
warrants 41 Sh. 8 d. Stetig.

**Telegraphische Depeschen.**

irt die Meldungen von der Demission des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff. Derselbe habe wohl bezüglich der Reform der Militärstrafgesetze eine Abreise in die Nähe

Strapazat, bestimmt, eine Gegenwart in höheren Stellen, speziell beim Chei des Militärkabinetts, aber der Kaiser sei für eine recht baldige umfassende Reform.

„Kreditbank“ hat plötzlich Konkurs angemeldet. Hunderte wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, zahlreiche Existenzen sind vernichtet worden. Hier herrscht große Aufregung. Die gerichtliche

Untersuchung wurde eingeleitet. Bereits haben zwei hiesige Firmen ebenfalls Konkurs anmelden müssen.

Wien, März. Der heute Vormittag um 10 Uhr im Vor-  
sitz des Kaisers stattgefundene Ministerrath hat auf die Börse, trotzdem man über die Motive  
nichts in Erfahrung bringen konnte, einen höchst  
unruhigen Eindruck erzeugt. Folgende be-  
merkenswerthe Punkte sind zu verzeichnen:

Spekulation und der ersten Schrankenfirmen wurden größere Abgaben auf der ganzen Linie vorgenommen.

Stmk., 7. März. Der Personenzug der  
Mährischen Grenzbahn wurde gestern Nachmittag  
bei Bladowitz vollständig im Schnee vergraben.  
Die Passagiere konnten nur unter großen Anstrengungen  
gerettet werden.

Paris, 7. März. „Etapette“ meldet, die deutsche Regierung habe die Einladung zur Wiener Weltausstellung im Jahre 1900 angenommen.

nen. Die offizielle Annahme ist zwar noch nicht erfolgt, aber der deutsche Botschafter Graf Münster habe bereits dem französischen Minister des Aeußern eine diesbezügliche Mittheilung gemacht.

Das „Kolonialblatt“ theilt mit, die französische Regierung beabsichtige, ihre afrikanischen Kolonien außer Algier und Tunis unter eine Generalverwaltung zu stellen.

Rom, 7. März. Große Erregung hat die Nachricht hervorgerufen, daß der Dolmetscher des italienischen Consuls in Tripolis seit mehreren Tagen auf die jetzt ungewöhnliche Weise nachkommen

Belgrad, 7. März. Der Pariser Gesandte Taraschin begiebt sich demnächst im Auftrage des Kaiser des Reichs von Rußland nach Belgrad.

um die offizielle Werbung des Königs Alexander um die Hand der Prinzessin Schibille zu überbringen.

**Wetterausichten  
für Freitag, den 8. März.**

Zeitweise nebeliges, vorwiegend heiteres,  
trockenes Wetter mit schwachen südlichen Winden  
und langsam zunehmender Erwärmung.

Am 6. März. Elbe bei Auffig — 0,25  
Meter. Elbe bei Dresden — 1,50 Meter. —  
Elbe bei Magdeburg + 2,08 Meter. —

Unter bei Straubing + 1,25 Meter. —  
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,72 Meter,  
Unterpegel — 0,46 Meter. Oder bei Frankfurt  
+ 1,22 Meter. — Oder bei Ratibor

+ 442 Meter. — Weichsel bei Brahmenünde  
+ 14,8 Meter. — Warthe bei Posen + 0,84  
Meter. — Am 2. März. Neke bei Uch +  
1,28 Meter.

Dividende von 1893.		Dividende von 1892.	
Bank f. Brkt	—	Disc.-Cont. 3/4	209,506
A. Brod. 1 1/2	74,500	Dresd. B. 5 1/2	158,756
Berk. f. B. 3 1/2	125,800	Nationalb. 4 1/2	127,756
Ob. Rheing. 5 1/2	154,500	Bonn. Hyp.	—
Bresl. Disk. 5 1/2	—	conv. 6/8	132,000
Bank f. Brkt	5 1/2	Pr. Centr.-	—
Darmst. f. B. 1 1/2	—	Bod. 9 1/2	178,406
Deutsche B. 3 1/2	180,000	Reichsbank 7 1/2	159,106
Dtsch. Gen. 5 1/2	125,000		

  

Gold- und Papiergeld.		Wechsel.	
Anten per St.	—	Engl. Banknot.	20,456
unverzinsl.	20,416	Franz. Banknot.	81,256
franz. 3 Stk.	16,248	Deut. Banknot.	165,256
Gold-Dollars	—	Russische Noten	219,256

  

Bank-Discount.		Wechsel.	
Reichsbank f. 3 Monate 3/4	—	Cours v.	—
do. 6 M.	4 1/2	7. März.	—
Privatbanknot 1 1/2	5		

  

Amsterdam 8 T.	2 1/2	165,906
do. 2 M.	2 1/2	168,506
Belg. Platz 3 T.	8 1/2	80,906
do. 2 M.	8 1/2	—
London 8 Tage	2 1/2	20,416
do. 3 Monate	2 1/2	20,376
Paris 8 Tage	3/8	81,006
do. 2 Monate	3/8	82,906
Wien, d. 10 T.	3 1/2	165,006
do. 2 M.	3 1/2	164,256
Schweiz. B. 10 T.	4 1/2	94,906
Italien. B. 10 T.	5 1/2	76,856
Petersburg 8 T.	6 1/2	218,506
do. 3 M.	6 1/2	216,506



# Stettiner Vermiethungs-Anzeiger.



